

**HESSISCHER LANDTAG**

03. 12. 2015

HHA

Änderungsantrag**der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307

Inhalt des Antrags: **Mehrbedarf für Flüchtlingsbeschulung;
hier: Anerkennung von Bildungsnachweisen**

Einzelplan **04** **Hessisches Kultusministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 52 Staatliche Schulaufsicht
Buchungskreis: 2312

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Anerkennung von Bildungsnachweisen

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	654,7	+45,0	699,7
Produktabgeltung	484,7	+45,0	529,7

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Produktblatt

6.1. Erhöhung der Beratungsfälle um +3.000 auf 21.000 Fälle

6.3.1 Produktabgeltung je Beratungsfall, neu: 25,22 EUR

6.3.2 Erlöse je Beratungsfall, neu: 8,10 EUR

Stellenplan

+1,0 Stelle A10 (001) mit KW-Vermerk zum 31.12.2019

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	23.635.600	+45.000	23.680.600

Kameraler Haushaltsabschluss:**Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	38.748.400	+45.000	38.793.400
Kameraler Zuschuss/Überschuss	336.900	-45.000	291.900

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für die Umsetzung des Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Ziel der hessischen Integrationspolitik ist es, zugewanderten Menschen, die sich langfristig in Hessen aufhalten, gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Dazu zählt der gleichberechtigte Zugang zu allen Bildungseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt und zu den sonstigen Segmenten des sozialen Lebens.

Aufgrund der anhaltend steigenden Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern ist auch ein Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Anerkennung von Bildungsnachweisen zu verzeichnen. Zur Bearbeitung der erhöhten Anfragen wird folgende zusätzliche Ressource benötigt:

1,0 Sachbearbeiter A10 (001)

Zum Kapitel 04 52 Staatliche Schulaufsicht werden insgesamt 3 Änderungsanträge gestellt, die ursächlich mit dem Änderungsantrag zur Flüchtlingsbeschulung im Schulbuchungskreis (Kapitel 04 59) zusammenhängen.

Wiesbaden, 03.12.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)